

übergeordneten Erfordernissen orientierten, allgemeinverständlichen und für das ganze Land einheitlichen politischen Grundsätze der Umwelt- und Industriepolitik entgegengesetzt werden.

Die beschleunigte Fertigstellung des Landesentwicklungsplanes VI „Festlegung von Gebieten für flächenintensive Großvorhaben (einschließlich Standorte für die Energieerzeugung)“ ist daher die wesentliche Aufgabe der Strukturplanung. Mit diesem Plan kann landesweit für eine ausreichende räumliche Trennung von Industrie- und Wohnbeziehungsweise Freizeitzone gesorgt werden.

Der Grundsatz einer konsequenten baurechtlichen Abgrenzung dieser Funktionsbereiche ist aber auch in den Gemeinden konsequenter einzuhalten. Umweltbelastung und in der Folge Forderungen nach umweltrechtlichen Auflagen für Industriebetriebe sind vielfach entstanden, weil die Wohnbebauung an die Industrie herangewachsen ist. Wenn allerdings standortunabhängig industriell-technische Prozesse zur Gesundheitsgefährdung durch Beeinträchtigung von Luft und Gewässern führen, bleiben strenge Auflagen unabdingbar. Wer gesundheitlich schwer geschädigt ist, braucht nämlich zunächst keinen Arbeitsplatz und dann auch keine Energieversorgung mehr.

F.D.P.: Notwendigen Umweltschutz nicht in Frage stellen!

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Herbert Neu:

Bundesregierung und Landesregierung haben durch fortschrittliche, aber auch vorsichtige rechtliche und wirtschaftliche Ordnungsmaßnahmen in marktwirtschaftliche Vorgänge eingegriffen, um Umweltverschmutzungen als unerwünschte Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns einzelner weitgehend auszuschalten.

An diesen durch das Verursacherprinzip gekennzeichneten Bemühungen kann es im Interesse künftiger Generationen keine Abstriche geben. Auch die wichtigsten Bemühungen um die Sicherung unseres künftigen Energiebedarfs müssen den unabdingbaren Umweltschutzanforderungen Rechnung tragen. Die sicherste Energie nützt wenig, wenn die Zerstörung der natürlichen Umwelt ein Leben für die Menschen unmöglich macht. Auch die in der augenblicklichen konjunkturellen Situation wichtige Aufgabe der Arbeitsplatzsicherung darf nicht dazu führen, daß der Umweltschutz plötzlich den Charakter eines „unmoralischen Anliegens“ bekommt. Es wäre kurzsichtig, die Lösung zeitlich begrenzter Probleme, zum Beispiel das Arbeitsmarktproblem, der langfristigen Sicherung des Überlebens voranzustellen.

Würde diese Erkenntnis bei den Verantwortlichen in allen wirtschaftlichen und staatlichen Bereichen Platz greifen, wäre auch das „Geschäft mit dem Umweltschutz“ vorbei. Dann wäre es unmöglich, daß eine Gemeinde der anderen, daß ein Bundesland dem anderen und daß eine Industrienation der anderen ansiedlungsbereite Unternehmungen „abjagt“, indem sie bei an sich notwendigen Umweltschutzauflagen „ein Auge zudrückt“. Die zusätzlich gewonnenen Arbeitsplätze können dieses Verhalten nur scheinbar rechtfertigen. Die zunehmend schlechtere Umweltqualität rächt diese kurzsichtige Politik mit Sicherheit.

Porträt



Reinhold Trinius (SPD)

Auf den ersten Blick das, was man einen zerstreuten Professor nennt, im Gespräch ein konzentrierter Denker, in der politischen Debatte ein unnachgiebiger Reformwilliger: Der SPD-Abgeordnete Reinhold Trinius.

Der Bundestag müßte ihn doch eigentlich stärker reizen als das Landesparlament, möchte man meinen, wenn der 40jährige seine Vergangenheit Revue passieren läßt und dabei Geschichte und Geschehen streift, die ihn politisch prägten und motivierten. Doch der Bundestag wäre für Trinius „wohl eine Nummer zu groß“, nicht weil er Komplexe hätte. Er will nur seine politische Arbeit überschauen und deren Erfolg, soweit das geht, kontrollieren können.

Der in Langendorf bei Zeitz (Sachsen-Anhalt) geborene Pfarrerssohn setzte sich als 19jähriger Literaturstudent 1952 „von drüben in den Westen“ ab. Seinen Weggang oder Umzug zu Verwandten in Bochum belegt er nicht mit dem schicksalsschweren Wort „Flucht“. Er habe ohnehin damit rechnen müssen, von der Uni in Halle zu fliegen. „Wir haben uns damals angesichts des Loches West-Berlin ungeschickt und leichtfertig verhalten. Oppositionelles Verhalten kam sich engagiert vor, war es aber nicht. Denn man hielt sich für sich selbst immer beide Möglichkeiten offen: Bleiben oder abhauen. Wer heute drüben lebt, muß sich ganz anders verhalten. Die Mauer zwingt jetzt jeden dort, die DDR ernst zu nehmen“, vergleicht Trinius seine Vergangenheit mit der Gegenwart.

Wo und wie er sich in den nächsten Jahren auch politisch engagierte, ständig spielte das Zurückliegende mit, war, um es mit diesen Chiffren zu umschreiben, Gesamtdeutsches oder Deutschlandpolitisches im Spiel: Veranstaltungsreihe an der Tübinger Uni über den Menschen im kommunistischen System, stu-

dentischer Arbeitskreis für Ost-West-Fragen, der sich schon damals für die Auflösung der Fronten und Blöcke einsetzte. Von Studenten mitgetragene Schülerlehrgänge zum Ost-West-Thema, deren hauptamtliche Leitung in Vlotho/Weser er 1964, vier Jahre nach seinem Gymnasial-Lehrerexamen, für 24 Monate übernahm; Eintritt in die SPD, weil er sich nach dem Bau der Berliner Mauer „dringend“ einen Wechsel der Deutschlandpolitik und deshalb einen SPD-Bundestagswahlsieg wünschte und weil er Jahre zuvor in der DDR erkannt hatte, „daß die Trennung zwischen der Arbeiterschaft und den akademischen Schichten die Chancen für Reformen sinken läßt“. Diesen Konflikt zu lösen, hielt er nur die Sozialdemokraten für fähig.

Und weil es gerade in der Kulturpolitik jene Trennung zu überwinden gelte, legte der 1970 in den Landtag gewählte Trinius „von Anfang an großen Wert darauf, in den Kulturausschuß zu kommen“. Kulturpolitik, findet der Gymnasial-Lehrer, sei anfangs sehr isoliert von Pädagogen entwickelt worden, müsse aber zunehmend unter gesellschaftspolitischen Aspekten gesehen werden. Daß der für das umstrittene Schulstrukturgesetz streitende Trinius auch in der nächsten Legislaturperiode für bessere Orientierungsmöglichkeiten in der Schullaufbahn und die Erweiterung des Bildungsangebotes, um nur wenig anzureißen, kämpfen wird, steht fest: Sein bombensicherer Wahlkreis Minden Süd garantiert Wiederwahl.

Christoph Lütgert